

zeit^dung



der IUHAS - Initiative Umweltschutz Hähnlein Alsbach Sandwiese
Dezember 2003/Nr. 66

Ortsmitte Hähnlein:

Dauerbestrahlung
statt
Marktplatz-
sanierung!



Ei guure wie ...

Gegen Ende des Jahres 2003 wollen wir Ihnen noch ein paar Themen aus der Kommunalpolitik näher bringen und aus unserer Sicht darstellen.

Manchmal hat man als Gemeindevertreter das Gefühl, dass ganz viel geschafft, ganz viele Themen bearbeitet wurden. Wenn man dann aber genauer darüber nachdenkt, muss man erkennen, dass vieles sehr viel langsamer vorangeht als erwartet.

Erfreulich ist sicherlich die Fertigstellung des Alsbacher Jugendzentrums. Was lange währt ... – in diesem Fall wurde es am Ende wirklich gut. Auch der Baubeginn an der Alten Schule in Hähnlein gehört in die Kategorie „erfreulich“. Hier wird zweifellos ein Schmuckstück in der Hähnleiner Ortsmitte entstehen. Leider ist die Gemeindevertretung den Vorstellungen der Iuhas nicht gefolgt, an die Alte Schule einen größeren Saal anzubauen und damit die Möglichkeit eines kleinen Kulturzentrums zu schaffen. Mit dem Bürgerhaus Sonne und der Großsporthalle sind die Alsbacher hier eindeutig im Vorteil.

Das Konzept der Sport- und Kulturhalle in Hähnlein ist nur un-

zureichend aufgegangen. Für ausgesprochene Kulturereignisse ist die Halle einfach zu groß und ungemütlich. Mittlerweile ist sie auch in die Jahre gekommen und bedarf einer grundlegenden Sanierung. Aus Sicht der Iuhas ist klar, wir wollen, dass hier künftig der Schwerpunkt auf reine Sportveranstaltungen und große Versammlungen gelegt wird. Für den Teil Kultur muss eine Alternative geschaffen werden. Bei der Mehrheit der Gemeindevertretung gibt es allerdings noch nicht einmal ein Konzept dafür!

Lange und ausführlich geplant und diskutiert wurde die Umgestaltung der Hähnleiner Ortsmitte, insbesondere die des Marktplatzes. Aber auch hier macht sich langsam Enttäuschung breit, auch weil der Gemeindevertretung die Kraft fehlt, notwendige Entscheidungen zu treffen. Die Zukunft der Feuerwehr auf dem Marktplatz ist ungewiss. Der Standort ist nicht

IMPRESSUM:

Die ZEITDUNG wird von der Iuhas - Initiative Umweltschutz Hähnlein Alsbach Sandwiese herausgegeben.

Redaktion dieser Ausgabe:

Christel Fleischmann, Schorsch Rausch

Illustration und Umschlag:

Christel Fleischmann

Anschrift: Odenwaldstraße 26
64665 Alsbach-Hähnlein

Telefon: 06257 - 4247

Auflage: 3.500

optimal und das Gebäude marode und unzureichend. Zwei Feuerwehren an zwei Standorten innerhalb einer Gemeinde sind teuer und verhindern jegliche Synergien. Nach über 25 Jahren Alsbach-Hähnlein ist die Diskussion um die Freiwillige Feuerwehr Alsbach-Hähnlein überfällig.

Für die Sanierung der Alten Bürgermeisterei muss auf eine Zusage des Landes Hessen gewartet werden, ob das Projekt in die Förderung zur Dorfentwicklung kommt - Zeitpunkt ungewiss. Die geplante Erweiterung der Marktschänke durch einen Anbau nach Osten und einen nach Westen, ohne ge-

nau zu wissen was da einmal rein soll, gibt es bisher nur in Form von zwei kleinen Rechtecken auf einer Marktplatz-Gesamtplanung. An eine Realisierung ist in den nächsten Jahren nicht zu denken. Zwei Flächen für Wohn- und Geschäftshäuser sind lediglich Planzeichen, ein Investor ist weit und breit nicht zu sehen.

Was bleibt sind große Freiflächen. Hier sind die Planungen immerhin am weitesten fortgeschritten. Demnach sollen die bisher unbefestigten Flächen gepflastert und die gepflasterten entsiegelt werden. Aber wann? Jeder wird einsehen, dass man erst einmal die Hoch-



Ein bemerkenswert kreatives Projekt: Die JUZE-WaterSnake, ein beachtliches Kunstwerk am neuen Alsbacher Jugendzentrum. Gestaltet und modelliert von Jugendlichen im Rahmen eines Suchtpräventionsprojektes. Im Hintergrund der alte JUZE-Bauwagen, der lange Jahre das einzige Domizil für die Jugendlichen der Alsbacher Jugendförderung war, bevor im Frühjahr diesen Jahres endlich das neue Haus fertig gestellt wurde.

bauten fertig stellen muss, bevor man die Außenanlagen in Angriff nimmt. Dies musste auch der zuständige Ausschuss Ortsmitte Hähnlein in seiner neunzehnten Sitzung zur Kenntnis nehmen.

Eine Baumaßnahme wurde auf dem Hähnleiner Marktplatz aber leider realisiert. Ohne Vorplanung und in aller Stille hat die Gemeindevertretung der Errichtung einer großen Mobilfunkanlage auf dem Feuerwehrgerätehaus zugestimmt. Ob es das war, was sich die Hähnleiner an Veränderungen auf ihrem Marktplatz erhofft hatten??? – Zur **Dauerbestrahlung in der Hähnleiner Ortsmitte** erhalten Sie ab Seite 5 weitere Informationen.

Bis zum Sankt Nimmerleinstag verschoben scheinen auch zwei weitere Maßnahmen, für die die gemeindlichen Gremien in den letzten Jahren viel Zeit und Geld bereitgestellt haben. Sowohl die

lange überfällige Sanierung der Ortsdurchfahrt Hähnlein, als auch der Bau des Kreisverkehrs in Alsbach sollten im Frühjahr 2004 umgesetzt werden. Wegen maroder Finanzen beim Land Hessen sollen sie auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Darüber war die Gemeindevertretung einstimmig mal so richtig sauer. Ab Seite 10 zeichnen wir unter der Überschrift „**Was lange währt ...**“ das bisher Geschehene nach.

Sie finden beim Blättern sicherlich noch den einen oder anderen Bericht, der Ihr Interesse findet. Vielleicht über den sich abzeichnenden Niedergang des Jugendheimer Kreiskrankenhauses oder über die Planungen der künftigen Veranstaltungen auf Schloss Alsbach oder ...

Wir wünschen Ihnen jedenfalls schöne Weihnachtsfeiertage und kommen Sie gut rüber nach 2004!
Ihre IUHASen

Mitmachen bei der Iuhas!

Wir treffen uns - außer in den Ferien - jeden Montag, ab 20 Uhr, im
Gemeinschaftshaus in der Sandwiese.
Kommen Sie einfach mal vorbei!

Mobilfunkanlage auf dem Hähnleiner Feuerwehrturm

DAUERBESTRAHLUNG DER HÄHNLEINER ORTSMITTE

Auf dem Schlauchturm der Hähnleiner Feuerwehr hat sich einiges verändert. Zunächst wurde eine neue Sirenenanlage installiert, die wohl sehr laut sein kann, ansonsten aber ungefährlich ist. Allerdings ragt dort auch noch etwas anderes in den Himmel: eine Mobilfunkantennenanlage. Über die Gefahren, die davon ausgehen, herrscht zumindest unter Fachleuten keine Einigkeit.

Die Gemeindevertretung hat der Errichtung dennoch mehrheitlich und ohne lange Diskussionen zugestimmt – auf ausdrücklichen Wunsch von Bürgermeister Wennrich. Die Iuhas lehnt die Errichtung von Sendeanlagen im Ortskern indes rundweg ab. Aus vielerlei Gründen:

Zwar wird immer wieder gerne behauptet, dass von derlei Anlagen keinerlei Gefahren ausgehen und die Grenzwerte natürlich streng eingehalten werden. Dazu muss man freilich wissen, dass es bisher auch keinerlei Nachweis gibt, dass derartige Anlagen tatsächlich ungefährlich sind.

Im Gegenteil: Eine Reihe von weltweit durchgeführten Studien zeigt, dass es sehr wohl „biologische Effekte“ gibt, die Erkrankungen wie Krebs, Leukämie oder Tinnitus auslösen können. Insbesondere bei Kleinkindern, aber auch bei alten oder besonders sensiblen Menschen

wird zudem über gesundheitliche Beeinträchtigungen, wie z.B. Schlaflosigkeit, Kopfschmerzen und ähnliches berichtet.

Zudem liegen die Grenzwerte, die in Deutschland gelten, weit über denen in anderen europäischen Ländern, etwa in Schweden, Frankreich oder Italien, wo der Grenzwert teilweise bei einem tausendstel eines deutschen Vergleichswertes festgelegt wurde.

Viele Städte sind deshalb dazu übergegangen, die Anlagen aus den Wohngebieten gänzlich zu verbannen, um damit auf der sicheren Seite zu sein. In der Umgebung von Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern oder Wohngebieten haben einige Kommunen angefangen, sogenannte Gelbbereiche auszuweisen, die frei von Send- und Empfangsanlagen von Mobilfunkbetreibern gehalten werden müssen.

Die Entscheidung in den gemeindlichen Gremien Alsbach-Hähnleins, die letztlich mit großer Mehrheit - nur die Iuhas stimmte dagegen - für die Errichtung der Anlage auf dem Feuerwehrgerätehaus fiel, entbehrte nicht einer gewissen Ignoranz.

Bereits im Ausschuss für Bau-, Planungs- und Umweltfragen (BPU) waren als Fachleute lediglich die Betreiber der Mobilfunkanlage eingeladen.

Von diesen ist natürlich kaum zu erwarten, dass sie die kritischen Aspekte auch nur erwähnen. Kritische Fachleute wurden nicht um Stellungnahmen gebeten – ausdrücklich nicht. Auch nicht, als Iuhas-Vertreter Schorsch Rausch dies explizit forderte.

Man hatte sich auch so „intensiv mit der Materie befasst“, wie Günther Schnause (SPD), der BPU-Vorsitzende erläuterte. Zudem sei er beruflich mit derartigen Dingen befasst und könne sehr genau die möglichen Gefahren einschätzen. Deshalb sei er auch „guten Gewissens“ für die Einrichtung mitten in Hähnlein.

Ebenfalls aus der SPD war das abenteuerliche Argument zu hören, dass es für Handy-Nutzer auf jeden Fall besser sei, wenn die Sende- und Empfangsstation möglichst in unmittelbarer Nähe des Telefonierenden sei, damit die Funktelefone, die ja direkt am Kopf betrieben würden, nicht mit der vollen Leistung senden müssten - was ja durchaus schädlich sein könnte!

Das heißt also, um Handy-Nutzer, die in der Regel für vergleichsweise kurze Zeit, nämlich während sie telefonieren, der Strahlung ausgesetzt sind, dies aber auch selbst zu verantworten haben, werden andere Menschen in der Umgebung der Basisstation Tag und Nacht einer höheren Dauerbestrahlung mit

elektromagnetischen Wellen ausgesetzt, ohne dass sie etwas dagegen tun könnten.

Für die Betreiber ist es natürlich bequemer und vor allem billiger, wenn sie ihre Antennen auf vorhandenen Gebäuden unterbringen können. Dann muss nicht extra ein Grundstück gesucht und gekauft werden auf dem dann auch noch ein teurer Mast errichtet werden muss. Gerne nimmt man deshalb Kirchtürme oder andere hohe Gebäude in Anspruch. Und mit allzu sorglosen Kommunalpolitikern kommt man schließlich auch sehr bequem zum Ziel – wie etwa in Hähnlein.

Es gibt allerdings auch andere Beispiele, die einen verantwortungsbewussteren Umgang zeigen: Auf dem Bettenturm des Kreiskrankenhauses in

BPU-Vorsitzender Günther Schnause (SPD) stimmt „guten Gewissens“ für die Mobilfunkanlage.

Groß-Umstadt war eine Mobilfunkstation in Betrieb. Nachdem sich dann in der Umgebung die Beschwerden der Anlieger häuften, wurde zunächst ein Gutachten erstellt, ob denn die Grenzwerte eingehalten würden. Wurden sie natürlich – penibel genau gemessen. Die Beschwerden rissen aber nicht ab: Kopfschmerzen, Übelkeit, Schlaflosigkeit waren die von zahlrei-

chen Anliegern geschilderten Symptome, die seit dem Betrieb der Anlage aufgetreten waren. Erst als die Proteste immer lauter wurden, entschloss sich die Stadt Groß-Umstadt (die mit der Antennenanlage gar nichts zu tun hatte), ein Ausweichgrundstück, außerhalb der Bebauung zur Verfügung zu stellen. Mittlerweile ist wieder Ruhe eingekehrt. Die betroffenen Anlieger sind zufrieden und die Handy-Nutzer ebenfalls.

Übrigens: Die Gemeinde Alsbach-Hähnlein erhält jährlich eine Miete in Höhe 1.440 Euro dafür, dass sie den Betrieb der Antennenanlage gestattet. – Ist es das wert, die Gesundheit der Anlieger dafür aufs Spiel zu setzen?

Ein Vorgehen gegen die Anlage auf dem Rechtsweg wird erfolglos bleiben, wenn die Grenzwerte eingehalten werden, wovon man ausgehen kann. Das Beispiel Groß-Umstadt zeigt aber, dass man als Anlieger durchaus etwas unternehmen kann.

Die Iuhas bietet allen Interessierten weitergehende Informationen an. Nehmen Sie einfach Kontakt mit uns auf – beispielsweise über Claudia Holz, Täubchesweg 3, Tel.: 1804. Gerne organisieren wir, bei entsprechendem Interesse, auch einen Abend mit Fachleuten, die über die weitreichenden Gefahren von Mobilfunkstrahlen bzw. Elektro-Smog informieren.

Übrigens fordert die Iuhas bereits seit Januar 2003 die Erstellung eines Mobilfunkkatasters, in dem sämtliche Anten-

nenanlagen, auch die kleineren, eingetragen sind. Nach einem zunächst mehrheitlichen Beschluss der Gemeindevertretung, ist die Gemeindeverwaltung beim Erfinden von Ausreden, warum sie nicht dazu kommt, kaum noch zu überbieten.



Photovoltaik in Alsbach-Hähnlein

DIE SONNE ANZAPFEN

Was habt ihr neuerdings auf eurem Dach? Wie funktioniert das? Wie seid ihr überhaupt auf die Idee gekommen? Was kommt für euch dabei raus?

Diese und ähnliche Fragen wurden uns von Nachbarn, Freunden und Bekannten, aber auch von ganz fremden Leuten gestellt, nachdem wir auf unserem Dach eine Photovoltaikanlage installiert hatten.

Wir haben uns über das Interesse an unserem Projekt gefreut und haben gerne und bereitwillig Auskunft gegeben. Die Vielzahl der Nachfragen haben uns auch bewogen, diesen Beitrag für die „Zeitdunq“ der Iuhas zu schreiben.

Die Idee wurde auf dem Neujahrsempfang 2003 der Iuhas geboren. Ein Referent zum Thema „Alternative Energien“ stellte den aktuellen Stand der Entwicklung alternativer Energiequellen dar und machte die Zuhörer insbesondere mit den Möglichkeiten der Solarenergie vertraut, die damals noch durch das „100.000-Dächer-Programm“ der Bundesregierung gefördert wurde. Ab 2004 gibt es ein neues Förderprogramm.

Wir stellten fest, dass unser Haus eine ideale Dachausrichtung nach Süden hat, und ausgestattet mit dem Wissen über technische und finanzielle Möglichkeiten der Realisierung entschlossen wir

uns, ein Angebot der Firma Inek, solare Energietechnik GmbH in Bischofsheim (www.inek.de) einzuholen.

Nach einem Vororttermin und einer detaillierten Aufklärung über den Weg der Antragstellung und Kreditbeschaffung über die „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ (KfW) fiel die Entscheidung zu Gunsten des Projekts. Im Juni erhielten wir von unserer Hausbank „grünes Licht“, dass die Kosten des Projektes, ohne die Mehrwertsteuer, zu 1,9 % auf zehn Jahre finanziert würden.

Damit stand der Ausführung nichts mehr im Wege. Das Projekt wurde komplett von der Firma Inek betreut und bei unserem zuständigen Energieversorger, dem GGEW in Bensheim angemeldet.

Der von der Anlage erzeugte Strom wird von einem Wechselrichter (der wenig Platz benötigt) in das öffentliche Netz eingespeist und gezählt. Das GGEW ist per Gesetz verpflichtet, die Kilowattstunde für 45,6 Cent plus Mehrwertsteuer auf 20 Jahre abzunehmen. Aufgrund von Erfahrungswerten zeichnet sich ab, dass wir mit unserer 3,3 kW-Anlage im Jahr ca. 2500 Kilowatt-Stunden Strom erzeugen werden und dafür einen Gegenwert von ca. 1.140 Euro, plus Mehrwertsteuer, die an das Finanzamt abzuführen ist, erhalten.

Die Anlage braucht keine Wartung. Monatlich melden wir die erzeugte

Strommenge an die Firma Inek, die unsere Werte mit den Werten von 180 weiteren Anlagen in der Region vergleicht und somit eine Kontrolle über die Funktion der Anlagen hat.

An hellen Sonnentagen rattert der Zähler im Keller und es macht Spaß, die erzeugte Strommenge direkt ablesen zu können. Sollte der diesjährige Sommer keine Ausnahme bleiben, wird sich die Anlage über einen Zeitraum von 15 Jahren rechnen, zumindest werden wir nicht drauflegen.

Was bleibt ist das Gefühl, wenigstens

einen kleinen Beitrag für die Umwelt geleistet zu haben, gerade jetzt, vor dem Hintergrund der erneut entfachten politischen Diskussion, die den Ausbau alternativer Energiequellen für die Zukunft wieder sehr in Frage stellt.

Sollte auch Ihr Interesse geweckt sein, stehen wir für weitergehende Informationen oder auch eine Besichtigung der Anlage nach Terminabsprache gerne zur Verfügung.

Hildegard und Georg Rausch,
Rosengartenstr. 9, Tel. 69364



Ortsdurchfahrt Hähnlein/Kreisel Alsbach

WAS LANGE WÄHRT ...

... wird endlich gut! - Sagt man. Doch leider wird die Umsetzung der oben genannten Maßnahmen nun doch noch länger auf sich warten lassen. Zumindest wurde dies der Gemeinde von den zuständigen Landesstellen so mitgeteilt.

Sowohl die Sanierung der Ortsdurchfahrt Hähnlein, die eher einem Flickenteppich denn einer Landesstraße gleicht, als auch der Bau des Kreisverkehrs in der Einmündung der Landesstraßen an den Alsbacher Schulen muss, so das Amt für Straßen- und Verkehrswesen (ASV) in Darmstadt in einem Schreiben an den Gemeindevorstand, auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Als Grund wird die desolante finanzielle Situation des

Landes Hessen angeführt. Diese spielt sicherlich eine große Rolle, allerdings muss man auch sehen, dass in anderen Kommunen munter um- und ausgebaut oder saniert wird. – Wie im einzelnen die Prioritäten dazu festgelegt werden, bleibt indes im Dunkeln.

Ortsdurchfahrt Hähnlein

Die Sanierung der Ortsdurchfahrt Hähnlein ist lange überfällig. Seitdem auch noch erhöhter LKW-Verkehr, insbesondere von der Firma Intersnack, Tag und Nacht durch Hähnlein rollt, hat die Lärmbelästigung für die Anlieger der Alsbacher- und Gernsheimer Straße ein nicht mehr zumutbares Ausmaß erreicht.

Unter dem Eindruck der Proteste, die



Die Hähnleiner Ortseinfahrt von Alsbach kommend. Hier muss nicht nur die Einmündung für das Wohngebiet Im Steingarten neu gestaltet werden, hier beginnt auch die Ortsdurchfahrt, die auf der gesamten Länge einen neuen Belag braucht und an den neuralgischen Punkten, Kirche und Alte Schule/Marktplatz umgestaltet werden muss. In Richtung Alsbach soll von hier aus, durchgehend ein von der Fahrbahn getrennter Radweg angelegt werden. - Wann???

sich vor allem bei der Bürgerversammlung in Hähnlein, am 5. September 2002 entladen haben, hat sich das ASV bereit erklärt, die Missstände schnellstmöglich zu beseitigen. Als Sofortmaßnahme wurde eine Geschwindigkeitsbeschränkung für LKW auf 30 Stundenkilometer erlassen. In einem Schreiben des ASV vom 31. Januar 2003 an den Gemeindevorstand, wurde dann für das Frühjahr 2004 die grundhafte Erneuerung der Ortsdurchfahrt Hähnlein angekündigt.

In den gemeindlichen Gremien entwickelten sich daraufhin fieberhafte Aktivitäten, denn mit der Sanierung der Straßendecke sollten weitere Maßnahmen umgesetzt werden:

neue Kanalabschnitte, Umgestaltung des Straßenprofils in einigen Bereichen, zusätzliche Baumpflanzungen und vieles mehr.

Ziel dabei war auch eine Geschwindigkeitsdämpfung, die für alle Kraftfahrzeuge Auswirkungen haben sollte. Zunächst wurden von dem bewährten Planungsbüro Mörner & Jünger Alternativen für die Straßenraumgestaltung entwickelt. In den Sitzungen des Ausschusses für Bau-, Planungs- und Umweltfragen (BPU) schieden sich dann aber die Geister an den Alternativen „Parken“ und „Radfahren“. Nach Rücksprache mit dem ASV stellen die Pla-

ner fest, dass ein durchgängiges Angebot für Radfahrer schwer möglich ist. Die Folge daraus ist ein Kompromiss aus „Radfahr-“ und „Parkstreifen“-Lösung. Die Iuhas favorisiert diese Variante. Anfangs gibt es dafür auch eine Mehrheit, die aber insbesondere von der SPD immer wieder in Frage gestellt wird.

In der Gemeindevertretung am 11. Juni 2003 ist die Verwirrung komplett. Nachdem der BPU bereits mehrheitlich der

Udo Ullmann (FW) in der Gemeindevertretersitzung am 11. Juni 2003:
„Dreiviertel der Gemeindevertreter wissen im Moment nicht, worüber sie abstimmen!“

Kompromisslinie gefolgt war, stellt Udo Ullmann (Freie Wähler), wieder alles in Frage. Mit der legendären Begründung, „Dreiviertel der Gemeindevertreter wissen im Moment nicht worüber sie abstimmen!“, fordert er eine Rücküberweisung in den Ausschuss.

Für die Freien Wähler mag diese Aussage richtig gewesen sein, die 6 Iuhas-VertreterInnen waren sich von Anfang im Klaren über die Ziele der einzelnen Maßnahmen. Und es war auch klar, dass die Gemeinde für die weitreichenden Umgestaltungen der Straße tief in den Gemeindegeldbeutel würde greifen müssen. Obwohl es sich um eine

Landesstraße handelt, müsste die Gemeinde rund 730.000 Euro dafür aufbringen – wohl eine schreckliche Vorstellung für die FW-ler. Nicht zuletzt deshalb schaffte es wohl die SPD, die FW wieder auf ihre Seite zu ziehen. Dabei war klar, dass auch die Radfahrervariante nicht billiger werden würde.

Unmittelbar vor der Sommerpause stimmte eine SPD-/FW-Mehrheit schließlich für die Radfahrervariante. Dafür gab es nach den Sommerferien dann allerdings ein böses Erwachen. Das ASV sah sich außerstande, dieser Variante zuzustimmen und forderte die Umsetzung der von der IUHAS favorisierten Kombilösung. Dennoch versuchte die SPD durch weitere Änderungsvorschläge krampfhaft die Radfahrervariante durchzusetzen. So meinte der SPD-Fraktionsvorsitzende Jürgen Götz, dass die Radfahrstreifen dadurch sicher von der Fahrbahn abgetrennt werden

sollten, dass nicht einfach nur ein weißer Strich, sondern ein stark geriffelter Feinasphaltstreifen auf die Fahrbahn aufgebracht werden sollte. Dieser soll dann die Autofahrer beim Überfahren durch lautes Brummen aufschrecken. Man stelle sich vor, so etwas würde realisiert und nachts würden dann eilige LKW-Fahrer ihre 40-Tonner mal kurz über diesen Streifen rollen lassen ...

Letztlich entschied dann am 16. September eine Mehrheit der Gemeindevertretung klar für die Kompromisslösung. Bis zu diesem Zeitpunkt im guten Glauben, dass das im Frühjahr alles umgesetzt werden würde.

Kreisel Alsbach

1993 beantragte die Iuhas den Umbau der Kreuzung L3100/L3112/Bahnhofstraße. Mit der Fertigstellung der Grundschule Am Hinkelstein wollten wir erreichen, dass auch der Schulweg in die-



Die Kreuzung Alte Bergstraße/Zwingenberger- und Bahnhofstraße ist der Hauptverkehrsknotenpunkt in Alsbach: Hier treffen nicht nur die meisten Autos aufeinander, hier müssen auch alle Schulkinder aus Alsbach irgendwie über die Straße, um zur Melibokusschule bzw. zur Schule Am Hinkelstein zu gelangen. Seit 1994 bemüht sich die Gemeinde beim Land darum, dass dieser Gefahrenpunkt durch einen Kreisverkehr entschärft wird. - Wann???

sem unübersichtlichen und überdimensionierten Kreuzungsbereich sicherer gestaltet wird. Das Ergebnis der Untersuchung, die das Büro Mörner & Jünger durchführte, war eine Kreisverkehrslösung. Es war die erste, die im Kreis Darmstadt-Dieburg dem ASV vorgeschlagen wurde. Nach einigen Änderungswünschen der Behörde wurde vereinbart, dass die Gemeinde auf ihre Kosten die baureife Planung dafür erstellt und das ASV dafür zeitnah eine Realisierung zusagte. „Zeitnah“ – das hieß ganz unverbindlich irgendwann. Jetzt sollte es endlich soweit sein. Ähnlich wie bei der Ortsdurchfahrt Hähnlein, gab es auch für den Alsbacher Kreisel

eine Terminzusage für das Frühjahr 2004. Doch auch hier hieß es in dem Schreiben vom 20. Oktober 2003: Kein Geld mehr da, die Maßnahme muss auf unbestimmte Zeit verschoben werden!

Protest der Gemeindevertretung

Als nicht mehr hinnehmbar wertete die Iuhas bei beiden Maßnahmen das Zeitspiel des ASV. In der Novembersitzung forderten wir die Gemeindevertretung insgesamt auf, gegen die wiederholte Verschleppung der Maßnahmen zu protestieren. Nach einigen Diskussionen folgte das Parlament schließlich einstimmig unserem Antrag, der ursprünglich wie folgt lautete:

Antrag der Iuhas vom 11.11.2003:

Iuhas

initiative umweltschutz hähnlein alsbach sandwiese

Die Gemeindevertretung protestiert gegen die vom Amt für Straßen- und Verkehrswesen (ASV) angekündigte Verschiebung der Straßenbaumaßnahmen „Grundhafte Sanierung der Ortsdurchfahrt Hähnlein“ und „Bau eines Kreisverkehrs L3112/L3100/Bahnhofstraße Alsbach“, die – einem Schreiben des ASV an den Gemeindevorstand Alsbach-Hähnlein vom 20.10.2003 und - einem Artikel des Darmstädter Echos vom 30.10.2003 zu entnehmen war.

Die Durchführung der Maßnahmen wird vom ASV seit Jahren immer wieder verschoben bzw. es werden von der Gemeinde Über- und Ergänzungsplanungen gefordert, die Voraussetzung für den Baubeginn sein sollen.

Die Gemeindevertretung stellt fest, dass die Gemeinde Alsbach-Hähnlein alle planerischen Vorarbeiten – in Abstimmung bzw. gemäß Vorgaben des ASV – auf ihre Kosten erledigt hat und somit dem auf der



Bürgerversammlung in Hähnlein am 5.9.2002 von Vertretern des ASV zugesicherten Baubeginn, aus Sicht der Gemeinde Alsbach-Hähnlein, nichts mehr im Wege steht. Die Durchführung der Maßnahmen wurde im übrigen mit Schreiben vom 31.01.2003 dem Gemeindevorstand schriftlich vom ASV für das Frühjahr 2004 angekündigt.

Eine erneute Verschleppung der Maßnahmen wird von der Gemeindevertretung als Wortbruch gegenüber den Menschen in Alsbach-Hähnlein bewertet, insbesondere gegenüber den Anliegern der Hähnleiner Ortsdurchfahrt und den Schulkindern in Alsbach, für die das derzeitige Kreuzungsprofil L3100/L3112/Bahnhofstraße eine besondere Gefahrenquelle auf dem Schulweg darstellt

Auf völliges Unverständnis stößt in Alsbach-Hähnlein das zu der Absage der Baumaßnahmen in unseren Ortsteilen parallele Vorgehen des ASV in Babenhausen. Wie einem Artikel des Darmstädter Echos vom 8.11.2003 zu entnehmen ist, will das ASV dort „noch in diesem Jahr“ den Bau eines Kreisels durchführen und hat darüber hinaus den Bau eines weiteren Kreisels in Babenhausen in Aussicht gestellt. Dies wohl deshalb, weil der Babenhäuser Bürgermeister, Reinhard Rupprecht, sich öffentlich damit brüstet, dass „er einen guten Draht nach Wiesbaden“ pflegt und „trotz klammer Kassen auf Landesebene“ noch in diesem Jahr die Gelder für den Bau eines Kreisels vom Land bereit gestellt werden. Ein weiterer Kreisel für Babenhausen könnte demnach folgen, wenn 250.000 Euro von der Stadt bereit gestellt würden.

Aus Sicht der Gemeinde Alsbach-Hähnlein ist dies nicht hinnehmbar. Derart sachfremde Entscheidungsgrundlagen werden wir nicht widerspruchslos akzeptieren. Die Gemeindevertretung Alsbach-Hähnlein weist ausdrücklich darauf hin, dass die gemeindlichen Anteile der erforderlichen Mittel für beide Maßnahmen, wie mit dem ASV vereinbart, im nächsten Jahr bereit stehen werden.

Für den Fall, dass noch in diesem Jahr mit den Baumaßnahmen begonnen werden soll, werden die gemeindlichen Gremien Alsbach-Hähnleins unverzüglich alle notwendigen Schritte einleiten und beschließen.

- *Die Gemeindevertretung appelliert an die Straßenbauverwaltung, die mit starkem LKW-Verkehr belastete und stark sanierungsbedürftige Ortsdurchfahrt Hähnlein nunmehr grundhaft zu erneuern und den seit 1994 geplanten Umbau der Kreuzung L3100/*

L3112/Bahnhofstraße zu einem Kreisell durchzuführen.

- *Die Gemeindevertretung fordert Bürgermeister Wennrich auf, in Gesprächen mit dem ASV nachvollziehbar die Gründe und das Auswahlverfahren (Priorisierung) in Erfahrung zu bringen, nach denen die Baumaßnahmen in Babenhausen noch in diesem Jahr begonnen, die Maßnahmen in Alsbach-Hähnlein hingegen auf unbestimmte Zeit zurückgestellt werden sollen. Über das Ergebnis soll die Gemeindevertretung unverzüglich informiert werden.*

CDU und FW legen allerdings Wert darauf, den Absatz, in dem der Bürgermeister der Stadt Babenhausen zitiert wurde, zu streichen. Dem sind wir letztlich gefolgt, weil uns an einer breiten Mehrheit gelegen war, die gegenüber dem ASV und damit gegenüber dem Land Hessen ihren Protest kund tut.

Erste Wirkungen sind bereits vage erkennbar. Vielleicht liegt es daran, dass die Alsbach-Hähnleiner CDU mit-

gestimmt und damit offen die Streichliste der CDU-Landesregierung angeprangert hat, dass der finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Gottfried Milde, signalisierte, dass das letzte Wort dazu noch nicht gesprochen sei. – Die Iahas erwartet keine Bevorzugung gegenüber anderen Gemeinden. Nach über zehn langen Jahren Wartens sollten aber auch die Alsbach-Hähnleiner mal dran sein.

Schloss Alsbach

FREMDENVERKEHR CONTRA ANLIEGERINTERESSEN

Wer sich in letzter Zeit einmal genauer die Zufahrt zum Alsbacher Schloss angeschaut hat, wird mit Schrecken die enormen Absenkungen und Beschädigungen vor allem in Kurvenbereichen bemerkt haben. Diese Beschädigungen wurden entscheidend von dem Verkehr, insbesondere vom Buspendelverkehr verursacht, der sich mittlerweile zum Schloss bewegt. So schön die Veranstaltungen des Sommer-OpenAir-Kinos sind, die Straße wird diese Belastungen nicht mehr lange verkraften. Eine kostspielige Sa-

nierung wird unweigerlich die Folge sein. Am Beispiel des kurzen und dazu schmalen Streifens in der Hindenburgstraße, dessen Sanierung 20.000 bis 130.000 Euro verschlingen wird, macht deutlich, mit welchen Summen zu rechnen ist. – Zuständig für die Verkehrssicherung ist die Gemeinde und damit muss sie entweder die entsprechenden Kosten aufbringen oder eine Regelung finden, wie der Verkehr zu den Großveranstaltungen in der Burganlage künftig bewältigt werden soll.

Die Iuhas hat, nachdem sich eine Reihe von Anliegern der Schlosszufahrt und der angrenzenden Straßen heftig beschwert hat, zum dritten Mal per Antrag den Versuch unternommen, den Gemeindevorstand dazu zu bewegen, ein schlüssiges Konzept zu erarbeiten, das die widerstrebenden Interessen berücksichtigt. Und dabei ist der Buspendelverkehr nur ein Problem.

Bei den historischen Märkten oder Ritterspielen erwarten die Veranstalter nach eigenen Angaben bis zu 5.000 Besucher, die teilweise mit dem PKW anreisen. Nicht alle, die mit dem Bus zur Burg gelangt sind, nehmen diesen auch wieder für den Rückweg. Ein großer Teil der Kinobesucher schlägt sich nach den Nachtvorstellungen im wahrsten Sinne des Wortes in die Büsche. D.h., nur ein Teil benutzt die Wege, viele gehen quer-Feld-ein und hinterlassen dabei eine nicht überseh-

Bürgermeister Wennrich: „Das eigentliche Problem sind die Großveranstaltungen!“

bare Müllmenge. Und schließlich werden Anlieger unterhalb der Burg häufig so intensiv beschallt, dass ihnen eigentlich nur der direkte Blick auf das Geschehen fehlt, um sagen zu können, dass sie live dabei waren.

In der Gemeindevertretung hat Bürger-

meister Wennrich zugestanden, dass die Großveranstaltungen das eigentliche Problem sind. Die Frage wird sich in Zukunft immer häufiger stellen: Was ist

Man darf das Alsbacher nicht mit dem Auerbacher Schloss vergleichen - schon allein wegen der Zufahrtssituation nicht.

eine Großveranstaltung? – Die Schlossherren vom Historischen und Kulturellen Förderverein (HKF) lassen kaum Zweifel daran, dass ihnen an größeren Veranstaltungen immer mehr gelegen ist.

Das Alsbacher Schloss ist nicht nur für Alsbach und die Nachbargemeinden von Bedeutung, sondern es strahlt in die gesamte Region, so die Einschätzung der Nachfolger der Herren von Bickenbach. Erste Vergleiche mit dem Auerbacher Schloss werden laut. Aber hier muss deutlich eine Grenze gezogen werden. Die Zufahrt zum

Schloss Auerbach ist nicht unproblematisch. Auch hier sind weitgehende Vereinbarungen und Reglementierungen notwendig. Vergli-

chen mit Alsbach, wo sich der gesamte Verkehr durch die enge Kirchstraße erst nach oben und dann wieder runter schlängelt, herrschen dort fast paradisiische Zustände.

Die Gemeinde hat eine Verantwortung, neben der Förderung des Fremdenver-

kehrts auch die Interessen der Anlieger und darüber hinaus die aller Alsbach-HähnleinerInnen zu berücksichtigen. Auch wenn es den Vertretern des HKF nicht passt, die Erarbeitung eines Konzeptes für das Schloss darf nicht unter Ausschluss der direkt Betroffenen stattfinden. Die Ablehnung einer Bürgerversammlung, wie sie in der „Schlosspost“ formuliert ist, zeigt, dass man weniger an einer breiten Beteiligung der Alsbach-HähnleinerInnen interessiert ist, als viel lieber hinter verschlossenen Türen mit dem Bürgermeister seine Vorstellungen durchzusetzen.

Der Ton der HKF-Verantwortlichen in der „Schlosspost“ ist nicht zimperlich. Das Herrschaftsgebaren erinnert in der Tat an das mittelalterlicher Schlossherren. Unerträglich wird es dann, wenn abfällig davon gesprochen wird, dass Anlieger sich „*unangemessen ereifern*“, während man sich selbst eine „*emotionsfreie, nüchterne und sachliche Behandlung des Themen-*

komplexes“ bescheinigt. Die Behauptung, dass „*jedes fachfremde Gemeinderatsmitglied bei der Beurteilung der Tragfähigkeit der Zufahrtsstrasse zum Schloss überfordert*“ sei, ist gerade dann besonders anmaßend, wenn man gleichzeitig eine platte Falschaussage davor setzt. So glauben die Schlossherren folgendes zu wissen: „*Da die Kirchstraße eine öffentliche Straße und für die Durchfahrt von Bussen zum und vom Schloss geeignet ist, kann man formal wohl nichts gegen ihre entsprechende Nutzung einwenden.*“ – Wenn sich die Gemeinde auf diese Position zurück ziehen würde, wäre 2003 sicherlich der letzte Bus zum Alsbacher Schloss hoch und wieder runter gefahren. Die Straße ist nämlich ab der Einmündung Hindenburgstraße für Fahrzeuge über 2.5 Tonnen zulässiges Gesamtgewicht gesperrt. Busse haben ein zulässiges Gesamtgewicht von etwa 15 bis 20 Tonnen. Ein Vielfaches dessen, wofür die Schlosszufahrt ausgelegt ist.

Kreiskrankenhaus Jugenheim

DROHT DAS AUS?

Nach der Katastrophe bei der Seniorendienstleistungs gGmbH Gersprenz, die wegen finanzieller Machenschaften schwer in Schieflage geraten ist, droht jetzt dem Jugenheimer Kreiskrankenhaus ein finanzielles Desaster.

Bei der Gersprenz gGmbH mussten die Gesellschafter, acht Gemeinden und der

Landkreis, bereits im Frühjahr intervenieren und jeweils Geld aus dem Gemeinde- bzw. Kreissäcken nachschießen bzw. Bürgschaften bei Banken übernehmen. Doch erst jetzt zeigt sich so nach und nach das gesamte Ausmaß der Misswirtschaft das die Verantwortlichen dieser Altenpflegeeinrichtung angerichtet haben. Mit dem

Betrieb der Häuser Groß-Umstadt, Reinheim und Groß-Zimmern sowie der Altenpflegeschule in Groß-Umstadt wurde mittlerweile ein Verlust von 3,5 Millionen Euro erwirtschaftet. Nun sind die Gesellschafter erneut gefordert finanzielle Risiken zu übernehmen, damit der geplante Bau der vierten Altenpflegeeinrichtung in Münster gebaut werden kann. Dabei geschieht etwas, was in den letzten Jahren zunehmend, insbesondere von der Kreis-SPD und von Landrat Jakoubek, verteuert wurde: Man richtet einen kommunalrechtlichen Zweckverband ein, weil die privatwirtschaftliche GmbH-Lösung offensichtlich nicht in der Lage ist, die Probleme alleine zu lösen. – Ein Paradebeispiel für das Scheitern einer Pri-

vatisierung!

Auch bei den beiden Kreiskrankenhäusern in Groß-Umstadt und Jugenheim wurden Privatisierungsschritte eingeleitet. Vor ca. drei Jahren begann Landrat Jakoubek, die bis dahin als Eigenbetriebe des Kreises geführten Häuser in mehrere Gesellschaften zu zerteilen. Eine GmbH wurde gegründet, um ausnahmslos die Reinigungsarbeiten, bei Krankenhäusern eine beachtliche Aufgabe, auszulagern. In einer weiteren GmbH wurde sämtliches neues Personal eingestellt. Ziel bei beiden Maßnahmen: Jakoubek wollte raus aus der Gehaltsstruktur des öffentlichen Dienstes - „weil man damit ordentlich Geld sparen kann!“





Das Jugenheimer Kreiskrankenhaus: Der Haupteingang im Altbau (nebenstehendes Bild) und der fast 25 Millionen Euro teure Neubatrakt des einst beliebten Krankenhauses der Grundversorgung. Die ansprechende Architektur birgt aber auch Probleme, was die Funktionalität betrifft.

Gleichzeitig wurde für das Kreiskrankenhaus Jugenheim ein völlig neues Konzept durchgesetzt. Aus dem Krankenhaus der Grundversorgung, das für die Menschen in unmittelbarer Umgebung erste Anlaufstelle war, sollte eine Spezialklinik für Gelenkoperationen werden, sowie eine Reha-Klinik für Schlaganfallpatienten. Dafür sollte die Innere Medizin geschlossen werden. Ende diesen Jahres sollte das Konzept vollständig umgesetzt sein.

Doch es kommt anders. Zwar wird die Innere Abteilung tatsächlich geschlossen und zwar endgültig. Die letzte Stufe der Reha allerdings wird nicht wie geplant eröffnet. Der erwartete Strom von Schlaganfallpatienten, vornehmlich aus der Darmstädter Stroke-Unit blieb aus. Ein finanzielles Desaster zeichnet sich ab. So wurde allein im Jahr 2003 ein zusätzliches Defizit von fast einer

Million Euro erwirtschaftet. Der Grund dafür: Bei den Gelenkoperationen sind die Implantate sehr viel teurer, als das was die Krankenkassen dazu geben und die Betten in der Reha stehen teilweise leer, noch bevor die geplante Bettenzahl erreicht ist.

Für das nächste Jahr, so fürchten Krankenhausmitarbeiter, sieht es wohl noch schlimmer aus. Weitere drastische Einsparungen drohen, um das zu erwartende Millionendefizit nicht noch größer werden zu lassen. Damit ist eine Spirale in Gang gesetzt, die unweigerlich immer tiefer in die Katastrophe führt.

Aus dem einstmals beliebten Krankenhaus für die vordere Bergstraße, wurde eine Spezialklinik die Millionenverluste einfährt. Auf Dauer kann und darf sich ein Landkreis so etwas nicht leisten.

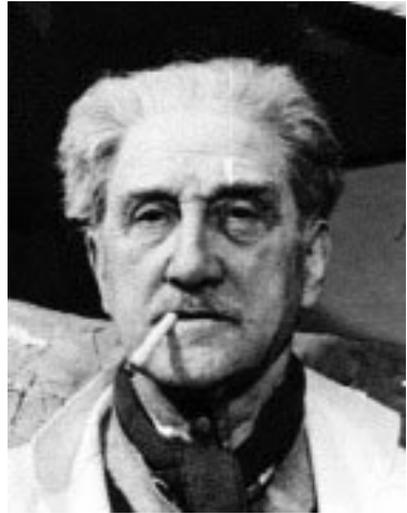
Ein Künstler von internationalem Rang

BENNO ELKAN - EINE ZEIT IN ALSBACH

Benno Elkan, der Künstler, der die Menora vor der Jerusalemer Knesset schuf, lebte von 1911 bis ca. 1919 mit seiner Familie in der Alsbach.

Benno Elkan wird am 2. Dezember 1877 in Dortmund als einziges Kind des Schneidermeisters Salomon Elkan und seiner Frau Rosalie geboren. Er wird jüdisch erzogen und seine jüdische Identität nie ablegen. Nach dem Gymnasium in Dortmund studiert Benno Elkan Sprachen in Rolle bei Lausanne. Anschließend beginnt er die Arbeit eines Kaufmanns in Antwerpen. Als er merkt, dass es nicht seine Berufung ist, Kaufmann zu werden, zieht er nach München, um dort an der Kunstakademie das Malen zu lernen. Von dort geht es weiter nach Karlsruhe, wo er sich dem Studium der Bildhauerei widmet. Danach verbringt er zwei Jahren in Paris (Begegnungen mit Rodin und Matisse) und drei Jahre in Rom.

Der 34-jährige Elkan ist inzwischen mit der Pianistin Hedwig Einstein, Tochter eines Rabbiners, verheiratet. 1911 zieht er mit seiner Frau und Tochter Ursula nach Alsbach in die Hindeburgstraße 14. Wir wissen nicht, ob er das Haus gekauft oder gebaut hat. In Alsbach wird dann auch sein Sohn Wolf geboren. Etwa um 1919 siedelt die Familie dann nach Frankfurt, wo Benno Elkan das künstlerische Leben mitgestaltet.



Elkan hat nicht nur eine große Zahl von Grabmälern, Büsten, Denkmälern und Medaillons geschaffen, er war auch ein herausragender Maler und Schriftsteller. Beispielsweise hat er das Libretto für Ernst Toch's Märchenoper „Die Prinzessin auf der Erbse“ geschrieben, die zur Zeit an der Stuttgarter Staatsoper aufgeführt wird.

Viele seiner lebensnahen Büsten von bekannten Künstlern und Politikern sowie seine Medaillen hängen in zahlreichen europäischen Kunstzentren. Ausstellungen in Deutschland, Frankreich, England und Italien machen aus Elkan eine international bekannte Künstlerpersönlichkeit. Neben der großen Jerusalemer Menora ist eines der bedeutendsten Werke Elkans sicherlich das Denkmal „Den Opfern“ in Frank-



furt.

Der Magistrat der Stadt Frankfurt plante 1919 die Errichtung eines Denkmals für die im Ersten Weltkrieg gefallenen Soldaten. Er beauftragte Benno Elkan, dessen Tätigkeit als Sprecher des Frankfurter Künstlerrates seit 1917 mit diesem Mandat honoriert wurde. Elkan legte den Entwurf einer etwa 40 m hohen Steinstele mit großdimensioniertem Relief eines Jünglings auf der Frontseite vor. Über die Gesamtfläche waren Buchstaben und Zahlen eingearbeitet.

Das Denkmal „Den Opfern“: Die Figur, eine im Schmerz zusammengesunkene, klagende Muttergestalt, wurde überregional beachtet. Sie brachte Benno Elkan im ansonsten toleranten Frankfurt Kritik ein.

Diese Inschrift sammelte Daten zu den Jahren 1913 und 1919, deren Vergleich die verheerenden wirtschaftlichen und sozialen Ausmaße des Ersten Weltkrieges veranschaulichen sollte.

Den Auftraggebern war dieser pazifistische Entwurf wohl zu kühn. Statt dessen entschieden sie sich für Elkans 1913/14 gefertigte Figur „Heldenklage“, die den kommenden Krieg bereits spüren lässt. Die Stadt

Frankfurt kaufte die Figur an, und Elkan stellte einen Sockel mit der Inschrift „Den Opfern“ her. Standort des Denkmals, das am 3. Oktober 1920 feierlich eingeweiht wurde, war die stark frequentierte Ecke Kaiserstraße/Gallusanlage. Nationalkonservative Kritiker fühlten sich durch die Art der Figur jedoch in ihrem nationalen Stolz verletzt: Sie verstanden die im Schmerz zusammengesunkene Mutterfigur als klagende Germania und somit als Sinnbild des gebrochenen Deutschlands. Anstatt

ein nationalbewusstes Kriegerdenkmal vorzulegen, wie es seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts gebräuchlich war, hatte Elkan ein Opferdenkmal geschaffen.

Obwohl er keine „entartete Kunst“ schuf, wurde Elkan verdammt und seine Denkmäler in Frankfurt, Völklingen und Mainz noch 1933 aus der Öffentlichkeit entfernt. Die Ursache dafür lag allein in Elkans jüdischer Herkunft.

Die Figur des Denkmals „Den Opfern“ sollte von den Nazis zerstört werden.

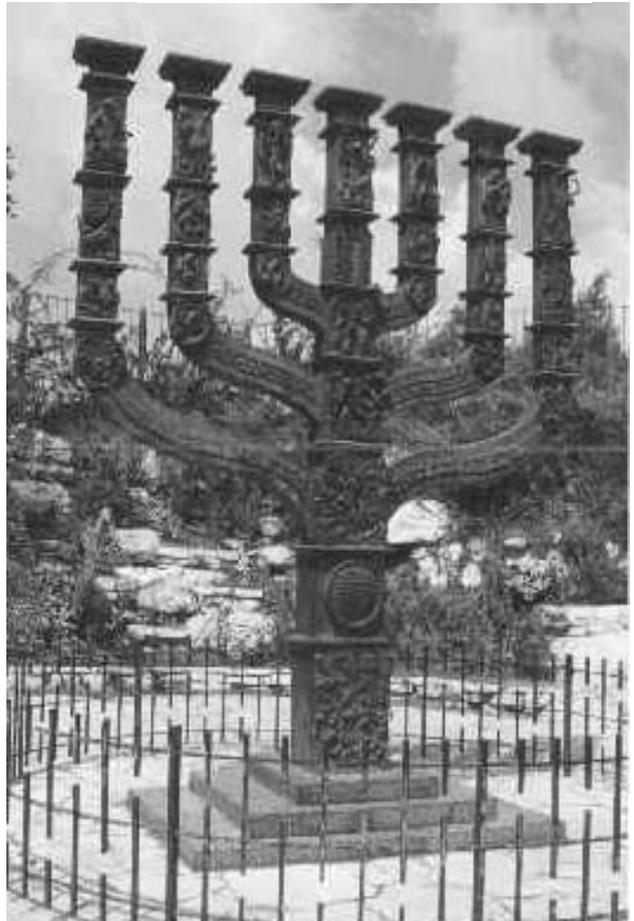
Aus unbekannter Ursache erhielt sich die Figur aber im Betriebshof der Städtischen Straßenreinigung. Wenige Monate nach Beendigung des Krieges schlug die Freie Deutsche Kulturgesellschaft dem Magistrat die Wiederaufstellung der Figur vor. Am 18. April 1946 wurde das Denkmal an seinem ursprünglichen Ort feierlich eingeweiht.

Benno Elkan wurde aus rassistischen Gründen der zur Berufsausübung verbindliche Eintritt in die Reichskulturkammer verweigert. Hausdurchsu-

Die Menorah in Jerusalem: Gegenüber der Knesset steht der „große Leuchter“ von Benno Elkan. In 29 Bildern erzählt er die Geschichte des jüdischen Volkes. Er ist vier Meter breit und fünf Meter hoch.

chungen seit 1933 veranlassten Elkan schließlich zur Emigration. Vermutlich traf er erste Vorbereitungen hierzu bereits bei einem geschäftlichen Aufenthalt in London im Sommer 1933. Es gelang ihm, fast alle Arbeiten und Modelle sowie seinen Hausrat mitzunehmen. Die endgültige Ausreise Benno Elkans erfolgte wahrscheinlich 1935 nach dem Berufsverbot.

Benno Elkan starb 1960 in London



Hangsicherung

RUTSCHT DIE HINDENBURGSTRASSE INS TAL?

Glaubt man den Gemeindevertretern der SPD, dann ist diese Gefahr vorhanden. Eindringlich versuchten sie die Mehrheit der Gemeindevertretung für eine 130.000 Euro teure Hangsicherung zu gewinnen. Mit Schreckensbildern wie der durch „fließenden Schluff“ talwärts in Bewegung geratenen Hindenburgstraße warb der Vorsitzende des zuständigen Fachausschusses der Gemeindevertretung, Günther Schnause (SPD), um Zustimmung. Er stützte sich dabei auf ein Fachgutachten das die hydrogeologischen Zustände am Schlossberg beschreibt.

Dieses Gutachten bezog sich aber nicht auf die Hindenburgstraße insgesamt, sondern nur auf einen Randstreifen am Ende der ausgebauten Trasse. Auf einer Länge von etwa 20 Metern zeigen sich dort breiter werdende Fugen bei der Pflasterung und sich neigende Randsteine.

Bereits im letzten Jahr sollte eine aufwändige Sanierung mit Bohrpfählen aus Beton, die bis in den Fels reichen, durchgeführt werden. Die Mehrheit der Gemeindevertretung entschied jedoch, dass der gefährdete Bereich zunächst abgesperrt und weiter beobachtet werden sollte.

Anfang Oktober meldete die Gemeindeverwaltung schließlich, dass sich die Fugen weiter verbreitert hätten und die Randsteine kurz vor dem Abkippen stehen würden. Gleichzeitig legte sie eine 20.000 Euro teure Alternative zu der bisherigen 130.000 Euro teuren Totalsanierung vor.

Bei der günstigeren Maßnahme sollen sogenannte L-Steine als Randbegrenzung eingebaut werden und vor allem der gefährde-

te Bereich neu gepflastert werden, damit die breiten Fugen geschlossen werden und damit das Eindringen von Wasser minimiert wird.

Die Iuhas hat sich vehement für die preiswertere Alternative eingesetzt. Wenn man sich die Hindenburgstraße anschaut, dann gibt es keine Schäden auf der eigentlichen Fahrbahn, sondern lediglich in der Randzone unmittelbar am Hang. Dass dieser Bereich Jahrzehnte unbeschädigt gehalten hatte und erst seit wenigen Jahren das Abrutschen beobachtet werden kann, hängt zweifellos auch mit dem gestiegenen Verkehrsaufkommen zusammen. Ein an dieser Stelle nicht genehmigter Gewerbebetrieb im ehemaligen Altenpflegeheim „Haus Morja“ wird täglich mehrfach mit LKWs angefahren, die, um überhaupt in die Zufahrt zu dem Grundstück zu kommen heftig über den Randbereich rangiert und dabei offensichtlich zur Beschädigung beigetragen bzw. diese verursacht haben. Für derartige Belastungen ist die als reine Anliegerstraße in einem Wohngebiet gebaute Hindenburgstraße aber nicht ausgelegt. Nachdem die Pflasterfugen dem Druck nicht standhielten und sich zunehmend verbreiterten, konnte ungehindert Wasser einsickern und so das gefährdete Fließen des Schluffs begünstigen.

Die Gemeindevertretung ist schließlich mehrheitlich unserer Argumentation gefolgt und hat die „kleine Sanierung“ beschlossen, teuer genug ist auch diese Maßnahme. Auch die von der Iuhas beantragte Forderung, dass der Randbereich auch nach einer Sanierung für Autos gesperrt bleiben soll fand eine Mehrheit.

Eintrittskarte

**Schluss mit nur Sympathie!
Jetzt werde ich Mitglied.**

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur Initiative Umweltschutz Hähnlein Alsbach Sandwiese - Iuhas - zu folgendem Jahresbeitrag:

Einzelperson 24 Euro

SchülerInnen/StudentInnen

Azubis/ZDL/WDL/

Erwerbslose/RentnerInnen 16 Euro

Familien 40 Euro

Gewünschte Zahlungsweise:

vierteljährlich halbjährlich jährlich

Vorname, Name: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort: _____

Tel., Fax, eMail: _____

Geburtsdatum: _____

Unterschrift, Datum: _____

Bitte zurück senden an: Iuhas, c/o Christian Plath, Hauptstraße 52
64665 Alsbach-Hähnlein, Tel.: 06257-2924